

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 15744
Dienstag, 21. Jänner 2020

Wintertagung: Bäuerliche Familienbetriebe sollen für mehr Klimaschutz erhalten werden	1
EU-Agrarkommissar Wojciechowski besucht österreichischen Biobetrieb	3
Forst & Holz Deutschland und FHP Österreich mit Positionspapier zum Grünen Deal	5
BRD: Vogelgrippe bei Wildvogel in Brandenburg bestätigt	7
Deutsche Milchwirtschaft stellt "Strategie 2030" vor	7
OÖ Strategieprozess zu Schweineproduktion und Ackerbau im ABZ Lambach	9
Kartoffelmarkt: Gutes Angebot trifft auf stetige Inlandsnachfrage	10
Kasachstan: Exportstopp für gesamtes Hornvieh	11
Österreichische Bundesforste: Rudolf Freidhager wiederbestellt	11
Neue Auflage des ÖKL-Merkblatts 51 zu Melkstandanlagen	12
Schmiedbauer: Alle Regionen beim Klimaschutz mitnehmen	12
LAK Steiermark mit erfolgreicher Leistungsbilanz 2019	13

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Wintertagung: Bäuerliche Familienbetriebe sollen für mehr Klimaschutz erhalten werden

Pernkopf: "Ökosozial statt marktradikal" als Leitspruch für GAP-Reform

Wien, 21. Jänner 2020 (aiz.info). - Die Wintertagung, Österreichs größte landwirtschaftliche Veranstaltung, wurde heute in traditioneller Weise mit dem Fachtag für Agrarpolitik eröffnet. Zum provokanten Generalthema "Von Almen zu Palmen. Die Agrarpolitik im (Klima-)Wandel" werden an elf Fachtagen rund 150 renommierte Referenten ihre Ausführungen darlegen. "Der Klimawandel ist in der Landwirtschaft angekommen. Mehr als 30.000 ha Wald wurden im Mühl- und Waldviertel bisher vom Borkenkäfer vernichtet, das sind drei Viertel der Landesfläche von Wien. Das nächste EU-Agrarprogramm von 2021 bis 2027 sollte deshalb unter den Leitspruch 'Ökosozial statt marktradikal' gestellt werden", forderte **Stephan Pernkopf**, Präsident des Ökosozialen Forums Österreich und Europa. 30 Jahre nach ihrer Entstehung sei die Idee einer ökosozialen Marktpolitik von Josef Riegler im aktuellen Regierungsprogramm angekommen. "Wir wollen das Klima und die Bauern schützen und haben den Rückenwind von der Bundesregierung sowie der EU-Kommission. Mehr Leistungen für weniger Geld wird sich für Österreichs Bäuerinnen und Bauern nicht ausgehen", verdeutlichte Pernkopf. * * * *

Pernkopf sieht die Landwirtschaft beziehungsweise die bäuerlichen Familienbetriebe als Teil der Klimalösung. "Wir brauchen Aufbruchstimmung. Statistiken zeigen, dass sich der Energieeinsatz in der heimischen Landwirtschaft von 1990 bis 2017 um 32% verringert hat, während die Emissionen im Verkehrsbereich gleichzeitig um 74% gestiegen sind. Die Landwirtschaft bindet pro Jahr das Dreifache von dem, was es für die Produktion benötigt. Außerdem wird in der Forstwirtschaft das 40-Fache des gesamten CO₂-Ausstoßes gebunden, und ein bewirtschafteter Wald speichert davon 10-mal so viel wie ein naturbelassener. Die Landwirtschaft ist als Produzent wertvoller Rohstoffe, qualitätsvoller Lebensmittel und damit verbunden von lebensnotwendigem Sauerstoff erster Klimaschützer und nicht der erste Klimasünder. Niemand hat ein Recht auf eigene Fakten. Tatsache ist, dass die Landwirtschaft Teil der Klimalösung ist", unterstrich Pernkopf.

Köstinger: Kürzungen im EU-Agrarbudget laufen Klimaschutz zuwider

Landwirtschaftsministerin **Elisabeth Köstinger** betrachtet als wesentlichen Lösungsansatz in der Bewältigung künftiger Herausforderungen in der heimischen Landwirtschaft die Förderung beziehungsweise die Fortsetzung der Qualitätsproduktion. "Wir sehen es kritisch, wenn sich die Landwirtschaft in Richtung Industrialisierung entwickelt. Die Zukunft ist der bäuerliche Familienbetrieb, dafür werden wir uns auch in den Verhandlungen auf europäischer Ebene einsetzen", strich Köstinger hervor. "Kürzungen im EU-Agrarbudget im Bereich der Ländlichen Entwicklung sind absolut inakzeptabel, weil dort Programme wie ÖPUL, biologische Wirtschaftsweisen oder etwa die Ausgleichszulage für Berggebiete angesiedelt sind. Das würde den Zielen für Umwelt- und Klimaschutz zuwiderlaufen. Sollte es dennoch zu Kürzungen kommen, ist im Regierungsprogramm festgeschrieben, dass diese national ausgeglichen werden, weil wir unsere Bäuerinnen und Bauern nicht im Stich lassen", sicherte die Bundesministerin zu. "Für eine flächendeckende bäuerliche Landwirtschaft braucht es den Weg der ökosozialen Agrarpolitik auch auf europäischer Ebene", so Köstinger.

Hinsichtlich der Umsetzung der EU-Bioverordnung im Jahr 2021, erklärte die Ministerin, sich für praktikable Lösungen einzusetzen. "Es sollen jene, die seit Jahren und Jahrzehnten biologisch wirtschaften, auch in Zukunft diesen Weg gehen können. Auch ein Einstieg in die biologische Produktion soll weiterhin möglich sein, wenn es sich für den Hof eignet, der Betriebsleiter davon überzeugt ist und auch der Markt den Zuwachs trägt."

Für eine höhere Wertschöpfung bäuerlicher Betriebe brauche es neben den Konsumenten, die tagtäglich mit dem Griff ins Regal über die Zukunft der heimischen Landwirtschaft entscheiden, auch den Lebensmittelhandel sowie die öffentliche Beschaffung. "Denn wenn es um den Preis geht, wird nach wie vor oft das anonyme, billigere Produkt bevorzugt", ist sich Köstinger der Situation bewusst. Neben der Ausweitung der Herkunftskennzeichnung nimmt die Ministerin auch die Handelsketten in die Pflicht. "Landwirte sowie Sektoren im vor- und nachgelagerten Bereich sehen sich einer Übermacht von Handelsketten gegenüber, die merklich Druck ausüben. Es ist deshalb unser Anspruch, für klare und wettbewerbsfähige Bedingungen auf Augenhöhe zu sorgen, damit der Große den Kleinen nicht diktiert, noch billiger zu produzieren", stellte Köstinger klar. Zudem müsse auch im öffentlichen Beschaffungswesen in der Versorgung verstärkt auf Regionalität und Saisonalität gesetzt werden. Es gebe hier viele Möglichkeiten für einen Umbau des gesamten Systems. "Wir haben in Österreich das Potenzial, fast alles zu produzieren, was die Konsumenten haben wollen. Was wir brauchen, ist aber ein fairer Produktpreis", bekräftigte Köstinger.

Wojciechowski: Österreich hat Vorreiterrolle

In EU-Agrarkommissar **Janusz Wojciechowski** hat Österreich einen Verbündeten zur Förderung von kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betrieben. "Die österreichischen Erfahrungen und Erfolgsgeschichten basieren auf kleinen Strukturen, und das ist für mich interessant", erklärte Wojciechowski. Mit dem kürzlich von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen präsentierten Green Deal habe Österreich lange zuvor gestartet und sehr positive Ergebnisse erlangt. "Die Erfahrungen Österreichs können als Vorbild für viele andere Nationen dienen", streute der EU-Agrarkommissar den heimischen Betrieben Rosen.

Besonders in der Biolandwirtschaft sei Österreich Vorreiter. Wojciechowski sicherte seine Unterstützung zu, falls Biolandwirte Gefahr laufen, ihren Biostatus durch geänderte Bestimmungen zu verlieren. "Wir werden Möglichkeiten suchen und gute Lösungen finden." Auch sein Nein zu geplanten Kürzungen im EU-Agrarbudget bekräftigte der EU-Agrarkommissar ebenso wie seinen Vorschlag, Mittel aus der Kohäsionspolitik verstärkt auch für ländliche Gebiete zur Verfügung zu stellen. Mit Sorge blickt Wojciechowski auf die Altersstruktur in der EU-Landwirtschaft. Der Großteil der EU-Landwirte sei über 65 Jahre alt, nur Österreich sei eines der Länder mit dem höchsten Prozentsatz an jungen Bauern. "Landwirtschaft ist eine Mission und nicht nur ein Job", machte der EU-Agrarkommissar den Jungen die Landwirtschaft schmackhaft.

Lins: Bäuerliche Familienbetriebe sollen Gewinner der Agrarreform sein

Norbert Lins, Vorsitzender des Agrarausschusses im EU-Parlament, wünscht sich den bäuerlichen Familienbetrieb als Gewinner der anstehenden Agrarreform. "Das EU-Parlament wird sich dafür einsetzen, dass die kleinstrukturierte Landwirtschaft Zukunft hat", erklärte Lins. "Wir haben Pflöcke im EU-Parlament für ein Optionsmodell eingeschlagen, aus dem die Mitgliedstaaten selbst zwischen Capping und der Umverteilung von mindestens 10% der Direktzahlungen nach unten wählen können. Damit würden wir nach den Vorschlägen des ehemaligen EU-Finanzkommissars Günther Oettinger rund 35 Mrd. Euro nach unten verteilen, das heißt an die bäuerlichen Familienbetriebe, weil das Modell für alle 27 Mitgliedstaaten gelten würde", erläuterte Lins. **Felix Montecuccoli**, Präsident der Land& Forst-Betriebe, merkte kritisch an, dass durch die Umverteilung bei den Höfen im Durchschnitt nur 40 bis 400 Euro jährlich ankommen würden. "Das rettet keinen einzigen Betrieb", so Montecuccoli.

Hinsichtlich der Ökoregelungen im GAP-Vorschlag sagte Lins: "Es kann nicht sein, Eco-Schemes vorzuschreiben, aber kein Budget dahinterzulegen. Wir brauchen, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Landwirtschaft zu erhalten, ein Mindestbudget, dessen Höhe noch Sache der Verhandlungen ist."

Ziel sei es, bis zum Juni 2020 eine Positionierung des EU-Parlaments zur GAP-Reform zu erreichen, sodass nach der politischen Einigung im Europäischen Rat die GAP-Reform bis Jahresende abgeschlossen werden könne. Das schaffe Planungssicherheit und Zeit für die Umsetzung in den Mitgliedstaaten. Bezüglich der Übergangsfrist sei noch nicht klar, ob sich das EU-Parlament für ein oder zwei Jahre entscheidet. (Schluss) hub

EU-Agrarkommissar Wojciechowski besucht österreichischen Biobetrieb

Köstinger und Moosbrugger: Unsere Biobauern brauchen praxistaugliche Lösungen

Wien, 21. Jänner 2020 (aiz.info). - Bundesministerin **Elisabeth Köstinger** hat gestern den neuen EU-Agrarkommissar **Janusz Wojciechowski** zu seinem Antrittsbesuch empfangen. Bei einer Betriebsbesichtigung im Burgenland, an der auch Landwirtschaftskammer (LK) Österreich-Präsident **Josef Moosbrugger** teilnahm, konnte dem Kommissar die Problematik rund um das Bio-Audit und die EU-Bioverordnung 2021 an einem Praxisbeispiel gezeigt werden. Wie berichtet, stellen die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen die heimischen Biobauern insbesondere im Bereich der Weidehaltung vor große Herausforderungen. Köstinger und Moosbrugger wiesen auf die kleinbetriebliche Struktur der heimischen Biolandwirtschaft hin und forderten praxistaugliche Lösungen. Wojciechowski zeigte Verständnis für diese schwierige Situation und versprach, sich des Problems anzunehmen. Er habe aber noch keine fertige Lösung, betonte er. Die österreichische Landwirtschaft sei in vielen Bereichen - vor allem auch mit ihrem hohen Bioanteil - ein wirkliches Vorzeigebispiel in der EU, erklärte der Kommissar. * * * *

Wie berichtet, müssen sich die österreichischen Biobauern insbesondere im Bereich der Tierhaltung auf geänderte Rahmenbedingungen einstellen. Die Gründe dafür sind die neue, ab dem Jahr 2021 gültige EU-Bioverordnung und das noch laufende Audit der EU-Kommission, das bestimmte Anpassungen notwendig macht. So muss etwa ab dem Jahr 2020 jeder Biobetrieb, der Rinder, Schafe, Ziegen oder Pferde hält, den Tieren Zugang zur Weide ermöglichen. Folgende Ausnahmegründe bezüglich der Weidehaltung von Biobetrieben sind nicht mehr möglich: Grünlandflächen, die nur durch Überquerung von Straßen und Bahnübergängen zu erreichen sind

oder deren Entfernung zum Stall größer als 200 Meter ist. Ackerflächen gelten generell nicht als weidefähig. Das Landwirtschafts- und das Gesundheitsministerium haben in den vergangenen Wochen und Monaten gemeinsam mit der LK Österreich und Bio Austria umfangreich über diese Thematik informiert.

1.058 Biobetriebe in ÖPUL-Weidemaßnahme eingestiegen

"Aufgrund dieser umfassenden Informationen sind ab dem heurigen Jahr zusätzlich 1.058 Biobetriebe in die ÖPUL-Weidemaßnahme neu eingestiegen. Eine Nichtteilnahme an dieser Maßnahme heißt allerdings nicht automatisch, dass am Betrieb keine Weidehaltung durchgeführt wird. Es ist davon auszugehen, dass diese Betriebe entsprechende Adaptierungen am Hof umsetzen konnten", teilte Köstinger gestern mit. Für mehrere Hundert Betriebe stelle die Weidehaltung aber nach wie vor eine große Herausforderung dar und es werde gemeinsam mit Bio Austria und der LK Österreich nach entsprechenden betrieblichen Lösungen gesucht, um auch bei diesen Betrieben eine Weidehaltung bereits ab 2020 zu gewährleisten.

"Wir sind das Bioland Nummer eins in Europa, und das wollen wir auch bleiben. Die Umwelt hat wenig davon, wenn Hunderte Biobetriebe aufhören müssen. Daher werden wir gemeinsam mit der EU-Kommission an praxistauglichen Lösungen arbeiten. Musterschüler dürfen nicht bestraft werden und daher sind auch die Kürzungen in der Ländlichen Entwicklung für uns inakzeptabel", stellte Köstinger klar. "Wir stehen zu 100% hinter unseren Bäuerinnen und Bauern, ganz egal ob Bio oder konventionell. Beide produzieren exzellente Qualität unter höchsten Auflagen", so die Ministerin.

Moosbrugger: Begleitschutz für Biobetriebe

"Wir sind davon überzeugt, dass der qualitätsorientierte, nachhaltige Weg, den wir in der österreichischen Landwirtschaft mit dem Fokus auf das Agrarumweltprogramm und den Biolandbau bereits sehr früh eingeschlagen haben, der richtige ist. Daher unterstützen wir als bäuerliche Interessenvertretung die Biobetriebe bestmöglich bei der Bewältigung der Herausforderungen, die sich aus den neuen rechtlichen Rahmenbedingungen ergeben. Wir wollen den Biobäuerinnen und -bauern eine Art Begleitschutz bieten und ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen", unterstrich Moosbrugger.

"Bei den neuen Regelungen im Biolandbau ist es aus unserer Sicht wichtig, auf die Besonderheiten und Gegebenheiten der österreichischen Landwirtschaft Rücksicht zu nehmen, speziell was die Erreichbarkeit von Weideflächen betrifft. Unsere Betriebsflächen sind vielfach keine einfachen Rechtecke, sondern gerade in stärker besiedelten Gebieten puzzleartig verteilt. Daher sind hier weiterhin praktikable Regelungen und nationale Spielräume, die auch Lösungen für die einzelnen Biobetriebe ermöglichen, notwendig", so Moosbrugger. Dies habe man dem EU-Kommissar am Beispiel dieses Biobetriebes vor Augen geführt.

Probleme bei Umsetzung der Weidepflicht

Der Betrieb der Familie Pölz in Lackendorf wird seit dem Jahr 1980 biologisch bewirtschaftet und ist damit einer der Bio-Pionierbetriebe in Österreich. 165 Rinder, davon etwa 70 Milchkühe, werden am Hof gehalten. Die neuen Weidevorgaben stellen den Biohof vor enorme Herausforderungen. Derzeit überlegt und plant die Familie, wie sie diese in die Praxis umsetzen kann. Doch das ist aufgrund der betrieblichen Gegebenheiten mit den größten Schwierigkeiten verbunden, denn die Acker- und

Grünflächen des Betriebes sind auf 145 Feldstücken in einem Umkreis von 15 km verstreut. Rund 45 Minuten dauert es, um mit dem Traktor auf die am weitesten entfernten Flächen zu gelangen.

Die wenigen direkt an den Stall angrenzenden Flächen des in Ortslage befindlichen Bauernhofes stehen dem Betrieb nur teilweise selbst zur Nutzung frei und sind zu klein, um alle Tiere zu weiden. Andere Flächen sind durch Bundesstraßen vom Betrieb getrennt.

Berlakovich: Individuelle betriebliche Situation berücksichtigen

"Vor allem im Burgenland ist es schwierig, der Weidepflicht nachzukommen. Unsere bäuerlichen Betriebe sind kleinstrukturierter und befinden sich meist in Ortslage. Viele Biobetriebe haben aufgrund der örtlichen Gegebenheiten keine Möglichkeit, eine Weidefläche bereitzustellen. Wir wollen daher weiterhin Ausnahmen für Biobetriebe, wo eine Weidehaltung nicht möglich ist", betonte LK Burgenland-Präsident **Nikolaus Berlakovich**. Es sei wichtig, dass die EU-Kommission diese Problematik erkennt. "Viele burgenländische Betriebe haben in den letzten Jahren in die Biolandwirtschaft investiert. Für sie müssen praktikable und sinnvolle Lösungen gefunden werden, denn das Bio-Zertifikat darf ihnen aufgrund dieser Umstände nicht aberkannt werden", appellierte Berlakovich an den EU-Kommissar.

Dem schloss sich auch Gertraud Grabmann, Obfrau von Bio Austria, an. "Anhand dieses Biobauernhofes ist gut ersichtlich, dass es ganz wichtig ist, die jeweilige betriebliche Situation bei gesetzlichen Regelungen zu berücksichtigen. Denn jeder Betrieb ist anders strukturiert und hat andere Rahmenbedingungen. Man kann nicht alle Betriebe über einen Kamm scheren. Das haben wir dem EU-Kommissar erklärt. Er war sichtlich beeindruckt vom Engagement der Familie Pölz", so Grabmann. Jetzt gelte es, die nächsten Monate intensiv für das Finden einer gangbaren Lösung zu nutzen. Sie sei zuversichtlich, dass das noch gelingen kann. (Schluss) kam

Forst & Holz Deutschland und FHP Österreich mit Positionspapier zum Grünen Deal

Klimaneutralität nur mit Waldwirtschaft und Holzverwendung möglich

Berlin, 21. Jänner 2020 (aiz.info). - Die Plattform Forst & Holz Deutschland fordert gemeinsam mit Forst Holz Papier (FHP) Österreich in einer länderübergreifenden Erklärung, die Leistungen und Potenziale einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung und Holznutzung in das Klimaschutzkonzept für Europa, den Grünen Deal, stärker einzubeziehen und zu nutzen. * * * *

Beide Plattformen begrüßen grundsätzlich den Grünen Deal, der Anfang Dezember 2019 vorgestellt wurde und die Initiative der EU als Vorreiter, ihre Wirtschaft und Gesellschaft umzugestalten und auf einen nachhaltigeren Weg zu bringen. "Das ambitionierte Ziel der Europäischen Kommission, in Europa bis 2050 die Klimaneutralität zu erreichen, kann jedoch nur unter einer stärkeren Berücksichtigung und Einbindung der nachhaltigen Waldbewirtschaftung und Holznutzung gelingen", betont **Steffen Rathke**, Präsident des Deutschen Holzwirtschaftsrates (DHWR) und Sprecher der Plattform Forst & Holz. "Keine andere Branche trägt als Kohlenstoffsenke so maßgeblich zum Klimaschutz bei wie das Cluster Forst & Holz", so **Georg Schirmbeck**, Präsident des Deutschen Forstwirtschaftsrates (DFWR) und stellvertretender Sprecher der Plattform Forst & Holz. Schirmbeck weiter: "Alleine in Deutschland entlastet die nachhaltige Waldbewirtschaftung in Verbindung mit der

Holzverwendung die Atmosphäre jährlich um rund 127 Mio. t CO₂ und damit um 14% der gesamten CO₂-Emissionen Deutschlands."

Rudolf Rosenstatter, Vorsitzender von FHP Österreich, sagt: "Die Verwendung von Holz ist der Schlüssel zum Erfolg auf dem Weg zur Klimaneutralität. Ohne verstärkte Holznutzung und insbesondere den Holzbau werden wir die Klimaprobleme nicht lösen. Durch die Nutzung des wichtigsten nachwachsenden Rohstoffes Holz wird nicht nur CO₂ aus der Atmosphäre gebunden, sondern können darüber hinaus ganz wesentlich weitere Potenziale bei der Substitution von energieintensiven Roh- und Baustoffen sowie fossilen Energieträgern im Rahmen der Bioökonomie gehoben werden."

Wichtige Grundlage für den klimafreundlichen Rohstoff Holz ist die nachhaltige, multifunktionale Waldbewirtschaftung in Europa. "Zur Bereitstellung des Rohstoffes und der vielfältigen Leistungen des Waldes auch an die Gesellschaft ist eine umfassende EU-Waldstrategie im Rahmen des Grünen Deals auszuarbeiten, die eine integrative und aktive Waldbewirtschaftung und Holznutzung stärkt und damit Europa hin zur Nachhaltigkeit führt", sagt Schirmbeck abschließend.

Für unsere Zukunft gilt es jetzt mehr denn je, die Schlüsselrolle und die Multifunktionalität des Cluster Forst & Holz in Deutschland, Österreich sowie der gesamten EU weiter zu stärken und damit die Leistungen und den unersetzlichen Beitrag zum Klimaschutz, zur Biodiversität, für die Lebensgrundlage und -qualität insbesondere unserer ländlichen Räume und die vielen weiteren zahlreichen Leistungen.

Das gemeinsame Positionspapier der Plattform Forst & Holz und Forst Holz Papier Österreich (FHP) finden Sie auf der Homepage www.forstundholz.net der Plattform Forst & Holz.

Kooperationsplattform Forst Holz Papier Österreich (FHP)

Der Forst- und Holzsektor ist der zweitwichtigste Wirtschaftsfaktor in Österreich. Die Kooperationsplattform Forst Holz Papier (kurz FHP) ist die Klammer, die den gesamten Sektor zusammenhält. FHP wurde 2005 gegründet, um die österreichische Holzbranche zu vernetzen und die Schnittstellen zwischen den Marktpartnern zu definieren. Alle Partner der österreichischen Forst- und Holzwirtschaft sind in diesem Projekt verankert.

Zusatzinformation zur Plattform Forst & Holz

Die Plattform Forst & Holz ist ein Zusammenschluss der Dachverbände Deutscher Forstwirtschaftsrat e.V. (DFWR) sowie Deutscher Holzwirtschaftsrat e.V. (DHWR) und vertritt die gemeinsamen Interessen des Clusters Forst & Holz als Holzwirtschaftskette vom Wald bis zum Endprodukt. Mit einem jährlichen Gesamtumsatz von 181 Mrd. Euro, 128.000 Unternehmen und 1,1 Mio. Beschäftigten hat die holzbasierte Wertschöpfung einen hohen Stellenwert für die Wirtschaftskraft sowie die Beschäftigung in Deutschland und gilt als eine der Schlüsselbranchen insbesondere im ländlichen Raum. (Schluss) - APA OTS 2020-01-21/09:38

BRD: Vogelgrippe bei Wildvogel in Brandenburg bestätigt

Geflügelhalter sollen verstärkt auf Bio-Sicherheit achten

Berlin, 21. Jänner 2020 (aiz.info). - Die zuständigen Behörden in Brandenburg haben am Montag einen Fall von Hochpathogener Aviärer Influenza (HPAI, Geflügelpest) bei einem Wildvogel gemeldet. Der Kadaver des Tieres wurde im Landkreis Spree-Neiße gefunden, teilt das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit. Das deutsche Bundesinstitut für Tiergesundheit (Friedrich-Loeffler-Institut) hat den HPAI-Fall mittlerweile bestätigt. Die Vogelgrippe tritt, wie berichtet, bereits seit mehreren Wochen in Mittel- und Osteuropa auf. In den vergangenen Wochen hatten unter anderem Polen, Ungarn, Rumänien und die Slowakei Fälle gemeldet. * * * *

In Deutschland handelt es sich aktuell um einen Einzelfall - Hausgeflügel ist nicht betroffen. Die zuständigen Behörden in Brandenburg haben bereits reagiert und das Wildvogel-Monitoring mit Schwerpunkt auf Wassergeflügel verstärkt. Es gelte nun zu verhindern, dass die Tierseuche auf Hausgeflügel übergreift, wird betont. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft ruft Geflügel haltende Betriebe - auch Privathalter - dazu auf, die Maßnahmen zur Bio-Sicherheit in ihren Beständen zu verstärken. Dazu gehört vor allem, einen möglichen Eintrag des Virus durch Kontakt zu Wildvögeln zu vermeiden.

Die Aviäre Influenza ist eine Infektionskrankheit, die durch Viren ausgelöst wird. Als "Klassische Geflügelpest" wird eine besonders schwer verlaufende Form bei Geflügel und anderen Vögeln bezeichnet, die durch hochpathogene Influenzaviren der Subtypen H5 und H7 verursacht wird. Sie befällt vor allem Hühnervögel und Puten, aber auch Wassergeflügel wie Enten und Gänse. Diese "Vogelgrippe", wie sie allgemein bezeichnet wird, ist eine Tierseuche, die hohe Verluste verursachen kann, wenn sie in Nutztierbestände eingeschleppt wird. Infektionen mit anderen Subtypen bleiben meist ohne gravierende klinische Auswirkungen. (Schluss)

Deutsche Milchwirtschaft stellt "Strategie 2030" vor

Umfangreicher Maßnahmenkatalog von der Branche erarbeitet

Berlin, 21. Jänner 2020 (aiz.info). - Zwei Jahre lang wurde darum gerungen, alle wichtigen Vertreter der Milchwirtschaft saßen an einem Tisch. Im Rahmen der Grünen Woche wurde sie nun vorgestellt: die "Strategie 2030" der deutschen Milchwirtschaft. "Das Ergebnis ist ein hervorragendes", konstatierte der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, **Joachim Rukwied**. Es sei dies eine Plattform, um den Sektor stärker machen zu können und seine Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Die Milchwirtschaft reduziere sich nicht auf Grünlandstandorte, nicht auf rein Milch erzeugende Betriebe, sagte Rukwied. So stelle etwa der Ackerbau hochwertige Nahrung für den Milchsektor bereit, er sei wettbewerbsfähig und bei der Reduktion von Emissionen gut aufgestellt. * * * *

Wünsche an die Politik

Er sei "froh und stolz" über die Veröffentlichung des Dokuments, sagte **Peter Stahl** vom Milchindustrie-Verband. Diese Strategie sei die Basis für die nächsten zehn Jahre. Spätestens in fünf Jahren werde eine Zwischenbilanz gezogen. Seitens der Industrie seien viele Unternehmen beteiligt gewesen. Themen waren die Setzung von Standards ebenso wie Nachhaltigkeitsfragen. "Wir haben auch Wünsche an die Politik. Bei den Klimaverordnungen kann es nicht sein, dass wir fünf und mehr Jahre auf die Umsetzung von Verordnungen warten müssen", fügte Stahl hinzu. Vieles sei erreicht, doch in den nächsten zehn Jahren müsse noch intensiv zusammengearbeitet werden.

Franz-Josef Holzenkamp vom Deutschen Raiffeisenverband verwies auf die verbesserte Branchenkommunikation, die mit der "Strategie 2030" aus der Taufe gehoben werden soll: "Individuelle Unternehmensstrategien bleiben dabei unberührt, aber jeder hat nach dem Fall des Eisernen Vorhangs verstanden, dass man das nicht planwirtschaftlich erreichen kann", sagte er. Im Hinblick auf den Export müsse das föderalistische System in Deutschland auf einer gemeinsamen Plattform besser organisiert werden. Holzenkamp: "Wir müssen uns breiter aufstellen, mit mehr Marktöffnung im Ausland, insbesondere im Hinblick auf die Schwierigkeiten, die wir in den USA haben." Adressat der Strategie seien die Erzeuger und Verarbeiter, aber auch die Politik.

Bezüglich der Erarbeitung der Strategie sprach der Vertreter des Verbandes der Deutschen Milchwirtschaft, **Karsten Schmal**, die unterschiedlichen Positionen an. In neun thematischen Arbeitsgruppen mit mehr als 100 Beteiligten aus der Milchbranche, aus der Wissenschaft und mit anderen Stakeholdern hätte man zu einer gemeinsamen Position gefunden. Nun werde ein ausführlicher Maßnahmenkatalog "mit Forderungen an die Politik, aber auch an uns selbst" formuliert, in dem Ziele, Maßnahmen und Zeitplan festgeschrieben würden.

Branchenkommunikation, Standardisierung, Management

Als einen der wichtigsten Punkte nannte Schmal die Branchenkommunikation der Milchwirtschaft auf Bundesebene, um breite Zustimmung zu generieren: "Viele wissen nicht mehr, wie die Milchproduktion aussieht", sagte er. Zweiter wichtiger Punkt sei die Standardsetzung: Die Sorge um das Tierwohl und die damit verbundene Erleichterung für Milchviehhalter müsse fortgesetzt werden. Die Akzeptanz des QM-Standards sei langfristig sicherzustellen. Auch ein klares Bekenntnis des Einzelhandels zur Milchproduktion sei notwendig, das müsse auch finanziell honoriert werden.

Absicherung der Milchpreise erreichen

Dritter wichtiger Punkt in der "Strategie 2030" sei das Management: Eine wachsende Herausforderung sei die Einkommenssicherung, die zwischen Molkereien und Erzeugern zustande kommen solle. "2020 könnte durchaus angetan sein, die Absicherung der Milchpreise zu erreichen", sagte Schmal. Politische Vorgaben könnten hier nur die zweitbeste Lösung sein. Das Papier sei eine Momentaufnahme, jetzt gehe es "richtig los". Zur Mitarbeit seien alle wesentlichen Akteure der Milchbranche eingeladen. Viele der Beteiligten wären bereit zur Veränderung, während der Grünen Woche habe man bereits Rahmenbedingungen absprechen können. Im März 2020 solle der weitere Fahrplan vorgestellt werden.

Thomas Stürtz von der Interessengemeinschaft Genossenschaftliche Milchwirtschaft sprach die Lieferbeziehungen an. "Wir haben uns nicht zu einem gemeinsamen Krisenmodell verpflichtet, weil jede Molkerei ein eigenes Geschäftsmodell für ihre Lieferbeziehungen hat", sagte er. Es gebe Festpreismodelle, aber auch temporäre Krisenmodelle. Unterschiedliche Vereinbarungen würden in der nächsten Zukunft geschlossen.

Ähnlich argumentierte **Robert Hofmeister** vom Bundesverband der Privaten Milchwirtschaft: Jede Molkerei müsse für sich eine eigene Strategie entwickeln und mit den Bauern festlegen. Die Politik könne nur den Rahmen vorgeben. Stürtz brachte hier die Abnahme von zusätzlicher Milch bei entsprechenden Abzügen durch die Molkerei als weiteres Modell in die Diskussion ein. (Schluss) kor

OÖ Strategieprozess zu Schweineproduktion und Ackerbau im ABZ Lambach

Zwischen gesellschaftlichen Anforderungen und Wirtschaftlichkeit

Linz, 21. Jänner 2020 (aiz.info). - Schweinehaltung und Ackerbau zwischen gesellschaftlichen Anforderungen und Wirtschaftlichkeit standen im Fokus der mittlerweile vierten Publikumsveranstaltung des von Agrarlandesrat **Max Hiegelsberger** ins Leben gerufenen Strategieprozess "Zukunft Landwirtschaft 2030", die gestern im Agrarbildungszentrum (ABZ) Lambach stattfand. Rund 240 Teilnehmer folgten den Ausführungen von **Mandes Verhaagh**, Branchenanalytist beim Thünen-Institut in Braunschweig, und **Christian Krumphuber**, Pflanzenbaudirektor der Landwirtschaftskammer (LK) Oberösterreich. Tierwohl und Pflanzenschutz dominierten die anschließende Diskussion. * * * *

Schweinehaltung zwischen aktuellem Preishoch und langfristigen Herausforderungen

Oberösterreich beheimatet rund 40% der österreichischen Schweineproduktion. Die Branche erlebt aufgrund des China-Exports gerade ein Preishoch, steht aufgrund unsicherer Rahmenbedingungen aber vor langfristigen Herausforderungen, wie Verhaagh ausführte: "Die Schweinebetriebe stehen in der ganzen EU im Spannungsfeld zwischen Wettbewerbsfähigkeit, Umweltschutz, Bio-Sicherheit und Tierwohl. Diese Anforderungen widersprechen sich aber häufig: Tierwohlgerechter Auslauf verhindert die in Zeiten der Afrikanischen Schweinepest notwendige Bio-Sicherheit, Investitionen in Abluftwäscher sorgen für ein negatives Betriebsergebnis." Verhaagh spricht sich daher für EU-weit einheitliche Regelungen und eine bessere Koordination innerhalb der Wertschöpfungskette aus. Die Anforderungen der Konsumenten an die Tierhaltung müssen konsequent bis zum produzierenden Landwirt weitergegeben, aber auch die Preise durchgehend nach oben angehoben werden. "Die Schweinehalter müssen noch mehr aufs Management achten. Sie sind gerne bereit, neue Erfordernisse an die Tierhaltung mitzutragen. Steigende Anforderungen an das Tierwohl verursachen aber höhere Kosten und müssen daher durch bessere Preise honoriert werden. Große Investitionen wie ein neuer Tierwohl-Stall zahlen sich über einen Zeitraum von 20 Jahren und mehr ab. Daher sind stabile Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft so entscheidend", so Verhaagh.

Die Potenziale im Ackerbau heben

"Mit konsequenter Beratungsarbeit gibt es auch im Pflanzenbau noch große Potenziale zu heben. Die Ergebnisse der Arbeitskreise zeigen klar, dass entsprechendes Management der Ackerkulturen der Schlüssel zu einem guten wirtschaftlichen Ergebnis ist. Oberösterreich ist ein Tierhaltungs-Bundesland, die landwirtschaftlichen Flächen liefern dafür die Futtergrundlage. Das Bekenntnis der neuen Regierung zur heimischen Eiweißversorgung wird den Sojaanbau weiter befördern", zeigte Krumphuber die Entwicklungsmöglichkeiten des Ackerbaus in Oberösterreich auf.

In seiner Analyse ging er auch auf die Rahmenbedingungen wie den Klimawandel ein. Der Ackerbau kann sich auf die klar spürbaren Klimaveränderungen einstellen. Für das Grünland stellt er aufgrund der veränderten Niederschlagsverteilung eine größere Herausforderung dar. Klare Wort fand Krumphuber auch zur öffentlichen Diskussion über den Pflanzenbau: "Wir müssen in der fachlichen und gesellschaftlichen Diskussion wieder mehr auf die Wissenschaft hören. Das betrifft den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln genauso wie die Züchtung neuer Sorten. Besonders in der Züchtung liegt der Schlüssel für den erfolgreichen Pflanzenbau der Zukunft."

Landwirte wollen keine Systemerhalter sein

Die abschließende Diskussion warf ein Schlaglicht auf die individuellen Herausforderungen auf den Bauernhöfen. Die mangelnde Planungssicherheit verhindert notwendige Investitionen auf den Schweinebetrieben. Der Umgang mit männlichen Schweinen bleibt ein Streitpunkt und bedarf einer klaren Regelung. Die anwesenden Bäuerinnen und Bauern wollen auch in Zukunft selbstständig wirtschaften können und brauchen dafür stabile Rahmenbedingungen. Hier setzt auch der Strategieprozess "Zukunft Landwirtschaft 2030" an. "Damit wollen wir Leitplanken erarbeiten, in deren Rahmen sich unsere landwirtschaftlichen Betriebe positiv entwickeln können. Die gesellschaftliche Diskussion rund um die Landwirtschaft, die Veränderung der medialen Landschaft oder der Klimawandel betreffen alle unsere bäuerlichen Betriebe. Darauf gilt es gemeinsam Antworten zu finden. So kann es gelingen, dass Oberösterreich seine klare Vorreiterrolle in der Tierhaltung behält und entsprechend Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Land sichert", so der Landesrat abschließend.

Die nächste Dialogplattform findet am 2. März in der LWBFS Kleinraming statt. (Schluss)

Kartoffelmarkt: Gutes Angebot trifft auf stetige Inlandsnachfrage

Qualitätsbedingte Aussortierungen nehmen zu - Erzeugerpreise stabil

Wien, 21. Jänner 2020 (aiz.info). - Am österreichischen Speisekartoffelmarkt herrschen stabile Verhältnisse. Die Landwirte versorgen die Händler weiterhin bedarfsgerecht. Somit steht eine gute Angebotslage einer saisonbedingt ruhigen, aber stetigen Inlandsnachfrage gegenüber. Daran dürfte sich auch in den nächsten Wochen wenig ändern, teilt die Interessengemeinschaft Erdäpfelbau mit. *

* * *

Da auch die Exportgeschäfte aufgrund der derzeitigen Preislage im Vergleich zu den internationalen Notierungen nicht konkurrenzfähig sind, fehlen nachfrageseitige Impulse. Unklar bleibt, wie viel Ware noch in den österreichischen Lagern liegt. Meldungen betreffend die Lagerqualitäten sind sehr uneinheitlich. Vereinzelt wird von massiven Problemen mit Stolbur berichtet. Angesichts der steigenden qualitätsbedingten Aussortierungen und des stetigen Inlandsgeschäfts dürften die Vorräte aber überschaubar sein. Bei den Erzeugerpreisen gibt es keine Änderung. In Niederösterreich wurde zu Wochenbeginn ein Preisband von 22 bis 28 Euro/100 kg je nach Sorte und Qualität genannt, wobei für drahtwurmfreie, kleinpackungsfähige Premiumware mit AMA-Gütesiegel meist 25 Euro gezahlt werden. Aus Oberösterreich wurden unveränderte Preise von bis zu 28 Euro/100 kg gemeldet.

Der deutsche Speisekartoffelmarkt scheint zusehends ein Verkäufermarkt zu werden. Während die Nachfrage nach Speiseware sich wiederbelebt, bleibt das Angebot überschaubar. Dazu tragen auch die steigenden Qualitätsprobleme bei, die hohe Sortierverluste verursachen. Dem Vernehmen nach sind die Käufer mittlerweile schon sehr kompromissbereit, was die Optik der Knollen betrifft, trotzdem ist vieles nicht mehr zum Verkauf geeignet. Exporte Richtung Osteuropa laufen derzeit in normalem Umfang. Preislich gab es zuletzt kaum Änderungen. Im Bundesdurchschnitt wurden zuletzt zwischen 21,70 und 23,50 Euro/100 kg bezahlt. Mit der Umstellung auf Ware aus dem Kistenlager werden aber deutliche Preisaufschläge erwartet. (Schluss)

Kasachstan: Exportstopp für gesamtes Hornvieh

Spekulative Preissteigerungen am Binnenmarkt ausgelöst

Nursultan, 21. Jänner 2020 (aiz.info). - Kasachstan hat das Verbot für die Exporte von Lebewildvieh ausgeweitet. Ab sofort gilt die vorübergehende Maßnahme für die gesamten Hornviehbestände. Das sieht eine Korrektur der im Oktober 2019 verfassten gemeinsamen Verordnung der Ministerien für Landwirtschaft und Finanzen vor, teilte das Agrarressort gestern, Montag, mit. Bislang unterlagen nur die Muttertiere dem Exportverbot. Die regen Viehausfuhren hätten spekulative Preissteigerungen bei Fleisch am Binnenmarkt ausgelöst, heißt es in der Begründung. Zudem sei die Auslastung von Kapazitäten kasachischer Fleischverarbeitungs- und Mastbetriebe gesunken. Das Ministerium erinnerte in diesem Zusammenhang an das im nationalen Agrarentwicklungsprogramm für die Jahre 2017 bis 2021 verankerte Ziel, die Exporte von verarbeiteten Produkten in diesem Zeitraum auf das 2,5-Fache auszuweiten. Nach dessen Angaben wurden im Vorjahr etwa 156.000 Rinder sowie 264.000 Schafe ausgeführt, zum größten Teil ins benachbarte Usbekistan. (Schluss) pom

Österreichische Bundesforste: Rudolf Freidhager wiederbestellt

Der studierte Forstwirt ist seit 2015 Vorstand für Forstwirtschaft und Naturschutz

Wien/Purkersdorf, 21. Jänner 2020 (aiz.info). - In seiner gestrigen Sitzung hat der Aufsichtsrat der Österreichischen Bundesforste AG (ÖBf) Rudolf Freidhager als Vorstand für Forstwirtschaft und Naturschutz für eine weitere Funktionsperiode (1. April 2020 bis 31. Dezember 2022) wiederbestellt. "Wir freuen uns, damit ein Zeichen der Kontinuität und Fortsetzung des bisherigen Kurses setzen zu können. Rudolf Freidhager hat in den letzten Jahren die Unternehmensentwicklung deutlich

vorangetrieben und die Österreichischen Bundesforste in einem schwierigen Marktumfeld erfolgreich auf Kurs gehalten. Insbesondere ist es gelungen, schon frühzeitig Strategien im Umgang mit dem Klimawandel zu entwickeln, um die heimischen Wälder klimafit zu machen", erklärt Aufsichtsratsvorsitzender **Gerhard Mannsberger**. * * * *

Der gebürtige Oberösterreicher und studierte Forstwirt Freidhager ist seit 1. April 2015 im Vorstand der Österreichischen Bundesforste tätig, zuvor war er Vorstandsvorsitzender der Bayerischen Staatsforsten (BaySF) mit Sitz in Regensburg. Gemeinsam mit Georg Schöppl, Vorstand für Immobilien und Finanzen, bildet er die Führungsspitze der Bundesforste, denen er seit 2015 als Vorstandssprecher vorsteht. (Schluss)

Neue Auflage des ÖKL-Merkblatts 51 zu Melkstandanlagen

Guter Überblick über Stand der Technik und erhältliche Melkstandausrüstungen

Wien, 21. Jänner 2020 (aiz.info). - Auch die mittlerweile fünfte Auflage des ÖKL-Merkblatts 51 spannt einen weiten Bogen über Melkstandanlagen und behandelt sowohl Einzeltier- als auch Gruppenstände sowie deren Vorteile. Erläutert werden ebenso Planungsgrundsätze wie verschiedene Bauarten. Es wird ferner explizit auf eine ausreichende Trennung zwischen Stall und Melkstand hingewiesen, damit hygienisch einwandfreie Bedingungen beim Melken gewährleistet werden. Schließlich gehen die Autoren auch auf Arbeitskomfort und Sicherheit für die Technik ein. Automatische Melksysteme (Melkroboter) sind jedoch nicht Thema dieses Merkblattes. Diese werden im ÖKL-Merkblatt 103 behandelt, für den Milchlagerraum siehe ÖKL-Merkblatt 12. Das 16-seitige Farbmerkblatt ist zum Preis von 7 Euro beim ÖKL unter der Tel.-Nr. 01/5051891, per E-Mail unter office@oekl.at oder im Webshop auf www.oekl.at zu bestellen. (Schluss)

Schmiedtbauer: Alle Regionen beim Klimaschutz mitnehmen

Richtige Rahmenbedingungen nötig, um CO2-neutrale Wirtschaft bewerkstelligen zu können

Brüssel, 21. Jänner 2020 (aiz.info). - "Beim Kampf gegen den Klimawandel und auf dem Weg zur Klimaneutralität darf das übergeordnete Ziel der regionalen Entwicklung und der Kohäsionspolitik nicht verloren gehen", erklärt **Simone Schmiedtbauer**, ÖVP-Europaabgeordnete und Mitglied im Regionalausschuss zur heutigen Ausschussdebatte über den sogenannten Fonds für einen gerechten Wandel, der bis 2030 eine Billion Euro mobilisieren soll. "Wir dürfen beim Klimaschutz keine Region in Europa zurücklassen." Als ehemalige Bürgermeisterin wisse sie, was tagtäglich in den Gemeinden geleistet werde, und das funktioniere nur mit Leidenschaft, harter Arbeit und Ausdauer, so Schmiedtbauer weiter. "Finanzielle Mittel sicherstellen, Bürokratie abbauen, der Abwanderung entgegenwirken - das sind für mich die Prioritäten. Was unsere Regionen brauchen, sind die richtigen Rahmenbedingungen. Dafür gilt es, sich einzusetzen." * * * *

"Damit wir gemeinsam den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen und den Umstieg auf eine kohlenstoffarme und CO2-neutrale Wirtschaft bewerkstelligen können, müssen wir daher alle Kräfte bündeln und die Regionen in Europa mit maßgeschneiderten Unterstützungsprogrammen dabei begleiten. Der Übergangsfonds muss dabei helfen, die sozialen und wirtschaftlichen Folgen des

Technologieumstiegs so gut wie möglich abzufedern. Ein stärkerer Fokus auf Österreich wäre bei der Mittelverteilung wünschenswert gewesen", schließt Schmiedtbauer. (Schluss)

LAK Steiermark mit erfolgreicher Leistungsbilanz 2019

Rekordzahl an Bildungsteilnehmern und 800 Rechtsvertretungen

Graz, 21. Jänner 2020 (aiz.info). - Die Steiermärkische Landarbeiterkammer (LAK) zieht erfolgreiche Leistungsbilanz über das vergangene Jahr: 2019 vertrat die Interessenvertretung der Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft ihre Mitglieder in 800 arbeitsrechtlichen Fällen und erkämpfte dabei mehr als 430.000 Euro. Zudem wurden Förderungen in Höhe von rund 877.000 Euro ausbezahlt und mit knapp 1.200 Teilnehmern bei den Bildungsangeboten ein neuer Rekord erzielt. Die weiterhin gute wirtschaftliche Gesamtsituation im Jahr 2019 spiegelt sich in der konstanten Mitgliederzahl von rund 12.000 unselbstständig Beschäftigten im Agrarsektor wider. * * * *

Für die LAK-Rechtsexperten war 2019 mit 800 Fällen, in denen rechtliche Beratung und Unterstützung notwendig waren, ein herausforderndes Jahr. Doch sie konnten für die Kammermitglieder mehr als 430.000 Euro erkämpfen. Nur 36 Fälle mussten auf gerichtlichem Weg gelöst werden. Kernkompetenz blieb die Beratung und Vertretung im Arbeits- und Sozialrecht sowie im Konsumentenschutz.

Auch die Nachfrage nach Beihilfen, Zuschüssen und zinsfreien Kammerdarlehen, etwa für Beschaffung, Verbesserung und Ausstattung des Wohnraums, bei Umweltmaßnahmen oder der beruflichen Weiterbildung der Kammerzugehörigen und deren Kindern, war erneut stark. Für 810 Anträge wurden insgesamt rund 877.000 Euro genehmigt.

1.196 Bildungsteilnehmer in 73 Kursen

Mit exakt 1.196 Teilnehmern nutzten so viele Kammermitglieder wie nie die 73 beruflichen Aus- und Weiterbildungsangebote der Bildungsinitiative INA. Diese erstreckten sich von Arbeitsrechtthemen über Kurse zur fachlichen Aus- und Weiterbildung bis hin zur betrieblichen Gesundheitsförderung. Die Lernplattform der Projekte "Green Easy Learn" und "Green Digi Learn" hatten 2019 knapp 10.000 Seitenaufrufe und auch die "Agri-Worker App", das neue digitale Info-Tool für Saisonarbeiter, hatte bereits 1.500 Besucher aus den Projekt-Partnerländern Österreich, Dänemark, Polen und Deutschland (www.agriworker.eu).

Zentner: Mehr Leistungen für die Mitglieder

Für den Präsidenten der Steiermärkischen Landarbeiterkammer, **Eduard Zentner**, ist die Leistungsbilanz 2019 "ein beeindruckendes Zeichen für die enorme Bedeutung und Unverzichtbarkeit der LAK als moderner Dienstleister für ihre Mitglieder" und Arbeitsauftrag für den "weiteren Ausbau der Leistungen".

"Besonders Lehrlinge und junge Kammermitglieder wollen wir verstärkt im Bildungs- und Förderungsbereich unterstützen. Hier konnten wir bereits zahlreiche Verbesserungen wie eine Förderung von Auslandspraktika oder die Erhöhung der Führerscheinbeihilfe umsetzen", erklärt Zentner und gibt auch die Devise für 2020 vor: "Die unbürokratische Unterstützung unserer Mitglieder

durch unsere bewährten Beratungs-, Förderungs- und Bildungseinrichtungen hat nach wie vor oberste Priorität." (Schluss)